

PRESSEMITTEILUNG

24. April 2023

EZB und EIOPA fordern mehr Versicherungen gegen Klimakatastrophen

- Nur ein Viertel der klimabedingten Katastrophenschäden in der EU aktuell versichert; Lücke dürfte sich mit zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels vergrößern
- Versicherungslücke birgt Risiken für Wirtschaft und Finanzstabilität
- EZB und EIOPA skizzieren politische Optionen zur Förderung von Versicherungen gegen Klimakatastrophen

Die Europäische Zentralbank (EZB) und die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) haben heute ein [gemeinsames Diskussionspapier](#) veröffentlicht. In dem Papier geht es darum, wie private Haushalte und Unternehmen in der Europäischen Union besser gegen klimabedingte Naturkatastrophen wie Überschwemmungen oder Waldbrände zu versichern sind. Die darin dargelegten Politikoptionen zielen darauf ab, die Akzeptanz und Effizienz von Versicherungen gegen Klimakatastrophen zu erhöhen und gleichzeitig Anreize zur Anpassung an bzw. Verringerung von Klimarisiken zu schaffen.

„Wir müssen dafür sorgen, dass mehr Versicherungen gegen Klimakatastrophen abgeschlossen werden, um die zunehmenden Auswirkungen von Naturkatastrophen auf die Wirtschaft und das Finanzsystem zu begrenzen“, so EZB-Vizepräsident Luis de Guindos. „Damit jedoch Verluste von vornherein minimiert werden, müssen wir sicherstellen, dass neben einem reibungslosen und schnellen Übergang zu einer klimafreundlichen Wirtschaft auch wirksame Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel ergriffen werden.“

Die Vorsitzende der EIOPA, Petra Hielkema, fügte hinzu: „Versicherungen spielen eine wichtige Rolle beim Schutz der Unternehmen und der Bevölkerung vor klimabedingten Katastrophenschäden. So stehen rasch die notwendigen Mittel für den Wiederaufbau zur Verfügung. Um unsere Gesellschaft wirksam zu schützen, müssen wir das Problem der zunehmenden Versicherungslücke angehen und geeignete Lösungen vorschlagen.“

Derzeit ist nur etwa ein Viertel aller klimabedingten Katastrophenschäden in der Europäischen Union versichert. In einigen Ländern sind es sogar weniger als 5 %. Dies liegt zum Teil daran, dass viele Menschen die Kosten klimabedingter Schäden unterschätzen. Manche scheuen auch eine Versicherung und verlassen sich lieber auf staatliche Hilfen. Da Naturkatastrophen immer häufiger auftreten und größere Ausmaße annehmen, werden die Versicherungskosten voraussichtlich steigen. Einige Versicherer werden möglicherweise die Risikodeckung reduzieren oder bestimmte Arten von Katastrophenversicherungen gar nicht mehr anbieten. Damit würde sich die Versicherungslücke weiter vergrößern.

Eine fehlende Versicherung gegen Klimakatastrophen kann sich negativ auf die Wirtschaft und die Finanzstabilität auswirken. Sind Verluste nicht durch eine Versicherung gedeckt, dauert es länger, bis private Haushalte und Unternehmen ihre Geschäftstätigkeit wieder aufnehmen können. Die Folge ist eine Verlangsamung der wirtschaftlichen Erholung. Zudem können anhaltende Lieferkettenstörungen zu Ansteckungseffekten zwischen Unternehmen führen und deren Fähigkeit zur Rückzahlung von Krediten beeinträchtigen. Dadurch erhöhen sich wiederum die Kreditrisiken der Banken. Hinzu kommt, dass die öffentlichen Finanzen belastet werden könnten, wenn der Staat für nicht versicherte Verluste einspringen muss.

Zur Steigerung des Versicherungsabdeckungsgrads schlagen die EZB und die EIOPA daher Folgendes vor: Die Versicherer sollten ihre Verträge so ausgestalten, dass private Haushalte und Unternehmen zur Risikominderung ermuntert werden. So könnten beispielsweise Rabatte für die Umsetzung wirksamer Risikominderungs- oder Anpassungsmaßnahmen gewährt werden. Um das Gesamtangebot an Versicherungen zu unterstützen, könnten verstärkt Katastrophenanleihen zum Einsatz kommen. Dadurch würde ein Teil des Risikos an Kapitalmarktinvestoren weitergegeben. Denkbar wäre auch, dass die Regierungen öffentlich-private Partnerschaften gründen und Backstops einrichten, um die möglichen Kosten teilweise zu decken, die den Versicherern bei größeren Katastrophen entstehen. Um sich selbst zu schützen und sicherzustellen, dass die öffentlichen Mittel effizient eingesetzt werden, sollten die Regierungen zudem starke Anreize zur Risikominderung setzen. Schließlich könnten die nationalen Versicherungssysteme durch ein EU-weites öffentliches System ergänzt werden, über das europäischen Ländern nach seltenen, klimabedingten Großkatastrophen genügend Mittel für den Wiederaufbau zur Verfügung gestellt würden.

Das gemeinsame Diskussionspapier ist Teil der [Klimaagenda der EZB](#) und ihrer allgemeinen Bemühungen um ein besseres Verständnis klimabezogener Risiken. Es soll die Debatte darüber vorantreiben, wie die Lücke in der Klimaversicherung geschlossen werden kann. Die EZB und die EIOPA werden die Rückmeldungen zu den politischen Optionen sammeln und am 22. Mai 2023 in einem [Workshop](#) mit Vertreterinnen und Vertretern der Regulierungsbehörden, der Politik, der Versicherungswirtschaft und der Wissenschaft darüber diskutieren.

Mediananfragen sind an [Daniel Weber](#) zu richten (Tel.: +49 172 8344 539).

Europäische Zentralbank

Generaldirektion Kommunikation, Abteilung Newsroom
Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland
Tel.: +49 69 1344 7455, E-Mail: media@ecb.europa.eu
Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.